

BÄCKERZEITUNG

Offizielles Organ
des Verbandes der Bäcker und Berufsgenossen Deutschlands
(Sitz Hamburg 1, Besenbinderhof 57, „Gewerkschaftshaus“).

Offizielles Organ
der Zentral-Franken- und Sterbe-Kasse der Bäcker und Berufsgenossen Deutschlands
(Sitz Dresden, Rillengasse 12).

Die Redaktion und Expedition der „Deutschen Bäckerzeitung“, wie das Bureau des Bäckerverbandes befindet sich jetzt

**Hamburg 1, Besenbinderhof 57,
„Gewerkschaftshaus“.**

Alle Sendungen sind dahin zu richten.

Die Entlassung des Arbeiters gegen seinen Willen.

Ein Beitrag zur Frage des Arbeitsvertrages.

Das moderne Arbeitsverhältnis beruht darauf, daß der Arbeiter, der nichts besitzt als seine Arbeitskraft und diese deshalb nicht für sich verwenden kann, sich an einen Geldbesitzer, den Unternehmer, wendet und ihm seine Arbeitskraft zur Verfügung stellt. Er verkauft dem Unternehmer seine Arbeitskraft, so drückt man sich früher aus, oder — richtiger gesagt — er überträgt ihm das Benutzungsrecht an seiner Arbeitskraft auf eine bestimmte Zeitdauer für einen bestimmten Lohn. Die Bedingungen, unter denen die Übertragung und Benutzung der Arbeitskraft stattfinden soll, werden in einem Vertrage festgelegt, der mündlich oder schriftlich, telephonisch oder telegraphisch, persönlich oder durch einen Vertreter abgeschlossen werden kann. Früher hat man diesen Vertrag einen Kaufvertrag genannt, doch ist man allmählich zu der Überzeugung gekommen, daß bei der eigenartigen Natur der sogen. Ware Arbeitskraft der Arbeitsvertrag nicht ein Kaufvertrag im eigentlichen Sinne ist, sondern daß er mehr einem Leih- oder Mietvertrage ähnelt. Der Arbeiter kann eben seine Arbeitskraft, die im Gegensatz zu allen andern Waren mit seiner Person, seiner Leiblichkeit untrennbar verbunden ist, dem Unternehmer nicht übergeben, also auch nicht verkaufen, sondern er erlaubt ihm nur, daß er die Arbeitskraft zeitweilig gebrauchen — nicht mißbrauchen! — darf. Bei einem Leih- oder Mietvertrage behält sich der Besitzer des Objekts ein Mitbestimmungsrecht vor über die Art der Benutzung der geliehenen oder vermieteten Sache, bei einem Kaufvertrage tritt der frühere Besitzer das Eigentums- und Verfügungsrecht daran rückhaltlos an den neuen Eigentümer ab. Dies ist der Kernpunkt der Frage und hierauf beruht der Anspruch des Arbeiters auf das Mitbestimmungsrecht im Arbeitsprozeß.

Der Arbeitsvertrag wird nur auf eine bestimmte Zeitdauer abgeschlossen und kann deshalb wieder aufgehoben werden und zwar kann diese Auflösung im Einverständnis der beiden Parteien oder ohne ein solches erfolgen. Es liegen also drei Möglichkeiten vor: Unternehmer und Arbeiter lösen das Arbeitsverhältnis mit gegenseitiger Uebereinkunft — oder der Arbeiter löst es gegen den Willen des Unternehmers unter Verletzung des Vertrages durch Kontraktbruch — oder drittens, der Unternehmer entläßt den Arbeiter gegen dessen Willen. Da die erste Möglichkeit keinerlei rechtliche oder sonstige Schwierigkeiten bietet, und da die zweite uns augenblicklich weniger interessiert, so wollen wir uns lediglich mit der dritten Möglichkeit befassen.

Die rechtliche Behandlung dieser wichtigen, in das Arbeitsverhältnis tief einschneidenden Frage muß davon ausgehen, daß der Arbeiter durch die gegen seinen Willen erfolgte Entlassung nicht nur in seinen materiellen Interessen, sondern vor allen Dingen in seinem Rechtsempfinden schwer verletzt wird. Diese beiden Verletzungen müssen streng auseinander gehalten werden und man darf wohl sagen, daß die Verletzung des Rechtsempfindens von den Arbeitern viel bitterer empfunden wird, als der pekuniäre, materielle Schaden. Es gibt wohl nichts, was einen Arbeiter so tief in seinem Innern verletzt und ihn so schwer kränkt, als wenn er das Bewußtsein hat, daß er zu Unrecht auf die Straße geworfen worden ist; hiergegen tritt der sonstige Schaden fast völlig zurück. Daraus erklärt

sich auch das Bestreben des modernen Arbeiters, in irgend einer Weise Schutz zu finden gegen willkürliche, ungerichtete Entlassung.

Die rein pekuniäre Seite der Frage wird durch die Gewerbegerichte (und Kaufmannsgerichte) geregelt. Bekanntlich kann nach § 122 der Gewerbeordnung das Arbeitsverhältnis, wenn nichts anderes vereinbart ist, durch eine jedem Teile freistehende, 14 Tage vorher erklärte Aufkündigung gelöst werden; werden andere Kündigungsfristen vereinbart, so müssen sie für beide Teile gleich sein. Das Gesetz will durch diese Vorschrift den Mißbrauch beiderseitigen, der früher gang und gäbe war, daß der Unternehmer sich eine kürzere Kündigung vorbehielt, als er vom Arbeiter verlangte. Während der Unternehmer eine möglichst lange Kündigungsfrist sich ausbedang, damit er sich vorsehen und Störungen im Betrieb vermeiden könnte, behielt er sich das Recht vor, den Arbeiter jederzeit auf die Straße setzen und brotlos machen zu dürfen. Aus wichtigen Gründen, die in § 123 und § 124 der Gewerbeordnung aufgeführt sind, darf eine sofortige Entlassung des Arbeiters respektive ein sofortiges Verlassen der Arbeit stattfinden. Liegen solche Gründe nicht vor, so kann der geschädigte Teil für den Tag des Vertragsbruchs und jeden folgenden Tag der vertragsmäßigen Arbeitszeit, höchstens aber für eine Woche, den Betrag des vorläufigen Tageslohnes fordern. Zuständig zur Entscheidung solcher Streitigkeiten ist das Gewerbegericht, das darüber zu befinden hat, ob die gesetzlichen Vorschriften verletzt sind und ob dadurch ein pekuniärer Schaden entstanden ist. Um die moralische Seite der Frage kümmert sich das Gewerbegericht nicht, es läßt sich damit begnügen, den pekuniären Schaden auszubessern.

Bei einer oberflächlichen Beurteilung dieses Sachverhalts könnte man zu der Meinung kommen, daß damit die Sache erledigt sei, und daß die Gewerbegerichtsgebühre ein gleiches Recht für Unternehmer und Arbeiter geschaffen habe, und daß diese Regelung allen billigen und vernünftigen Anforderungen, die man an ein Arbeitsvertragsrecht stellen könne, völlig entspreche. Betrachten wir aber die Sache näher, so bemerken wir sofort, daß es mit diesem angeblich gleichen Rechte dieselbe Bewandnis hat wie mit der vielgerühmten Gleichberechtigung zwischen Unternehmern und Arbeitern im allgemeinen. Mit Bezug auf diese Gleichberechtigung hat einmal der berühmte Rechtslehrer Siering drastisch geäußert:

„Eine schöne Gleichheit! Was für den Reichen eine Kleinigkeit ist, das bildet für den Armen ein unübersteigliches Hindernis. Es ist eine Gleichheit, die dem schwachen Kinde dieselbe Last auf die Schultern legt wie dem starken Kanne!“

Und der bekannte Dr. Fleisch schreibt in seiner Schrift „Zur Kritik des Arbeitsvertrages“ diesbezüglich folgendes: „Die Rechtsgleichheit besteht selbstverständlich in der strengen Anwendung der Gesetze auf alle Staatsbürger, aber die Gesetze sind falsch, wenn sie dieselbe Vorschrift unterschiedlos für alle Staatsbürger, ohne Rücksicht auf deren besondere Verhältnisse, maßgebend sein lassen. Die Gerechtigkeit ist blind: sie soll bei Anwendung des Gesetzes sich nicht nach der Person richten. Aber der Gesetzgeber ist sehend: er soll gewahr werden, ob die gleiche Vorschrift sich für alle eignet. Und dem Gesetzgeber des Arbeitsvertrags ist gerade vorzumerken, daß er bisher nicht gesehen, nicht beachtet hat, wie die Anwendung der gleichen Vorschriften bezüglich der Lösbarkeit des Arbeitsvertrages tatsächlich die Freiheit des Arbeitsvertrages, die im Interesse der Freiheit der Persönlichkeit und der staatsbürgerlichen Gleichheit geschützt werden sollte, für den schwächeren Teil, d. h. wenigstens in Großbetrieben für den Arbeiter aufgehoben hat. So lange dieser vom Rechte geduldete Zustand besteht, sind die Arbeiter allerdings berechtigt, zu erklären, daß der freie Arbeitsvertrag ihnen den nötigen Schutz nicht gewährt.“

In der Tat besteht die Gleichberechtigung zwischen Arbeiter und Unternehmer nur in der Theorie, auf dem

Papier gewissermaßen, während die Praxis des wirtschaftlichen Lebens nichts davon weiß. Dies wird uns sofort klar, wenn wir bedenken, daß ein Unternehmer in der Lage ist, jeden Augenblick den Broterwerb, die wirtschaftliche Existenz eines Arbeiters, in Frage zu stellen, indem er ihm auf längere oder kürzere Zeit die Möglichkeit nimmt, sich seinen Lebensunterhalt zu verdienen, während umgekehrt der Arbeiter nicht den geringsten Einfluß ausüben kann auf die wirtschaftliche Existenzmöglichkeit des Unternehmers. Dieser Unterschied beruht darauf, daß immer zahlreiche Arbeitskräfte am Markte sind, die dem Unternehmer sofort zu Gebote stehen, falls er einen Arbeiter entläßt; dem entlassenen Arbeiter aber ist es nicht immer möglich, sofort wieder eine Arbeitsstelle zu finden. Wenn also ein Unternehmer einen Arbeiter aus reiner Willkür, vielleicht einer Laune folgend, auf die Straße wirft, so bedeutet das für den Arbeiter unter Umständen einen schweren Nachteil, einen empfindlich pekuniären Schaden.

Um diese offenkundige Benachteiligung des Arbeiters noch besser zu belegen, wollen wir auf die Stellung der Staats- und Gemeindebeamten in Bezug auf ihre Entlassung hinweisen. Jeder festangestellte Beamte weiß, daß er zwar jederzeit seine Kündigung einreichen kann, daß er vom Staate oder Gemeinde aber nicht jederzeit entlassen werden kann, sondern nur dann, wenn bestimmte, nachweisbare Gründe vorliegen, die durch ein streng geregeltes Disziplinarverfahren nachgewiesen werden müssen. Diese gesicherte Existenz des Beamten, die sogar bei der Kalkulation eines heiratslustigen Mädchens eine Rolle spielt, steht grell ab von der Rechtlosigkeit des Arbeiters und des Privatangestellten, und um so greller, je mehr ein Unternehmer die Entlassung vornimmt aus Gründen, die mit dem Arbeitsverhältnis nichts zu tun haben. Es ist ja bekannt, daß es Unternehmer gibt, die einen Arbeiter entlassen, weil er einer Koalition angehört, die dem Unternehmer nicht paßt, weil er eine sozialdemokratische Zeitung liest oder einem beim Unternehmer unbeliebten Kandidaten bei einer Wahl seine Stimme gibt; die Drohung mit Entlassung ist ein beliebtes Schreckmittel des Kapitalproleten und wird sogar dann angewandt, wenn ein Arbeiter seine staatsbürgerlichen Pflichten (als Gewerbegerichtsbeisitzer, Arbeitervertreter usw.) erfüllt. Gegen einen solchen Unternehmerterrorismus ist der einzelne Arbeiter bis auf den heutigen Tag völlig machtlos. Die „gesicherte Existenz“ des deutschen Arbeiters, von der der deutsche Kaiser einmal sprach, existiert also nur im Sabellande und ist ein Phantasiegebilde. Daß sie aber sehr wünschenswert wäre und daß das Streben der Arbeiter, sich gegen eine willkürliche Entlassung zu schützen, durchaus berechtigt ist, kann im Ernst gar nicht bestritten werden.

Wenn es irgend einen Satz gibt, der noch heute fast allgemein mit der Unerbittlichkeit eines Dogmas aufgestellt und ohne jegliches Nachdenken als ein Dogma geglaubt wird, so ist es der Satz, daß der Unternehmer über die Anstellung und Entlassung seiner Arbeiter ganz allein zu bestimmen habe. Diese Meinung ist so sehr in Fleisch und Blut übergegangen, daß es allgemeines Kopfschütteln erregt, wenn einer dies Recht bestrittet. Nicht nur von den Unternehmern — das darf uns nicht wundern —, sondern auch von den Unbeteiligten, den Juristen und Sozialpolitikern, ja sogar von den meisten Arbeitern kann man noch heute hören: „Der Unternehmer hat selbstverständlich das unbeschränkte Recht, einzustellen und zu entlassen, wen er will. Wie jeder andere Käufer, kann auch er die Arbeitskraft kaufen, wie es ihm paßt!“ Wir erlauben uns durchaus anderer Meinung zu sein und freuen uns, daß wir uns hierbei auf den bereits erwähnten Dr. Fleisch berufen können, der da meint: „Wer behauptet, daß die willkürliche Entlassung ein selbstverständliches und deshalb unbeschränkbares Recht des Unternehmers als Eigentümers der Produktionsmittel und des Produkts sei, der beweist nichts, sondern stellt ein Axiom auf. Axiome und Dogmen haben allerdings den Vorteil, daß sie nicht

bewiesen zu werden brauchen, aber dafür verlangt auch ihre Unvollständigkeit gegenüber dem Ungläubigen, und es läßt sich nicht übersehen, daß nicht nur die Arbeiter gegenüber der Souveränität (Alleinherrschaft) des Unternehmers — der Übertragung des Satzes: l'état c'est moi (der Staat bin ich) vom Staate in die Fabrik — längst unglaublich geworden sind. Diese Behauptung wollen wir auch beweisen.

Wenn der Arbeitgeber seinen Betrieb einschränkt oder ganz aufgibt, wenn in der Person oder den Leistungen des Arbeiters Veränderungen eintreten, die ihn als ungeeignet für den Betrieb erscheinen lassen, kurz gesagt, wenn der Unternehmer einen Arbeiter tatsächlich nicht mehr gebrauchen kann, so hat er selbstverständlich das Recht, ihn zu entlassen. Das ist mal klar und darum handelt es sich für uns auch gar nicht. Wir sprechen nämlich von der willkürlichen, unbegründeten Entlassung und behaupten, daß ein Unternehmer nicht das Recht hat, seinen Arbeiter zu entlassen, wenn er ihn wohl verwenden kann, aber nicht verwenden will. Das angebliche Recht des Unternehmers schlägt der heutigen Auffassung von Sozialmoral und Sozialgerechtigkeit direkt ins Gesicht und läßt sich deshalb auf die Dauer gar nicht aufrecht erhalten. Dieses Herrenrecht des Unternehmers ist nur ein Teil seines Ausbeutungsrechtes überhaupt und das eine muß mit dem andern fallen.

Wenn wir nämlich der Sache auf den Grund gehen, so finden wir die eigenartige, noch viel zu wenig beachtete Tatsache, daß ein jedes Recht in der heutigen kapitalistischen Gesellschaft seine zwei Seiten hat, daß nämlich jedes Recht ein Unrecht in sich schließt. Was der eine Mensch als sein gutes Recht empfindet und mit Hörnern und Klauen verteidigt, das empfindet der andere, der von diesem Rechte ausgeschlossen ist, als ein Unrecht. Das Recht des Eigentümers ist ein Unrecht für den Sklaven, das Eigentumsrecht des Besitzenden erscheint dem Besitzlosen als ein schreiendes Unrecht, das Wahlrecht der Privilegierten nennt der vom Wahlrecht Ausgeschlossene ein Unrecht, das bezeugt werden muß, daß Ausbeutungsrecht des Kapitalisten bezeichnet der Proletarier als ein verdammungswürdiges Unrecht usw. So empfindet auch der ohne hinreichenden Grund Entlassene das selbstverständliche und unantastbare Recht des Unternehmers, seinen Arbeiter nach Belieben zu entlassen, als ein haarsträubendes Unrecht. Wer von uns hätte dies noch nicht empfunden? Wer hätte noch nicht jahrelang und mit schmerzlichen Kampfschritten, daß man ihm unrecht getan hat? Wie ein Wahl im Stiche, so wird diese Entlassung, und die Hand, die ein solches Unrecht verurteilt, vernarrt und heilt so leicht nicht wieder. Und da kommt man einem solchen „Verurteilten“ doch mal mit dem Geruch von dem „guten Recht“ des Unternehmers, daß er von seiner Grundbesitz aus als ein großes Unrecht und eine Genugtuung empfinden wird.

Daß das Gewerbegericht diese moralische Verantwortung nicht wahr oder heilen kann, da die paar Mark Entschädigung des Unternehmers nicht mehr tun, haben wir schon herausgefunden. Dagegen ein solcher Prozeß dem Arbeiter keinen Schaden bis zum Ausbrennen oder wird er durch gewerbegerichtliches Urteil hergekommen, so ist die Sache für ihn erledigt, während sie für den Arbeiter noch lange nicht erledigt ist, da die ihm durch das Unrecht zugefügte Wunde noch lange nicht vernarrt ist. Es kann deshalb nicht als eine unbillige Forderung gehalten werden, wenn die Arbeiter, deren Menschenwürde und Arbeitskraft nicht minder, wie auch die wirtschaftliche Existenz der Willkür und des Zorns des Kapitalproleten nachteilig beeinflusst war, nach der Scheitlung eines solchen Prozesses fordern, es gerichte ihnen nochmals zu hoher Ehre, daß sie sich eine solche Entschädigung auf die Dauer nicht mehr gefallen lassen wollen. Und das Unternehmerrrecht muß fallen, denn sobald ein Recht, und sei es durch Jahrzehnte geheiligt, in den breiten Schichten der Bevölkerung als ein Unrecht empfunden wird, gerät es ins Wanken und fällt, denn es muß ein neues, höheres Recht ersetzt werden. Es muß es auch im vorliegenden Falle geschehen.

Wenn wir von dieser Zusammenfassung ausgehen, so ist es zunächst notwendig, daß eine Forderung geschaffen werden muß, die zu entscheiden hat, ob eine Entlassung zu Recht oder zu Unrecht erfolgt ist, nach Maßgabe des Unternehmers und des Arbeiters, nach Stellung des Jüngers und Sachverständigen, nach Abwägung der Gründe und Gegenstände fällt diese Forderung ihrem Spruch, dem die Parteien zu folgen haben. Aber die praktische Durchführung dieser ursprünglichen Forderung kann man verschiedener Meinung sein. Der einstweilige Gesellschafter Dr. Fleisch, ein Anhänger auf dem Gebiete des Arbeitsvertrages nach der Richtung, diese Frage gesetzlich zu regeln, er hat bereits vor Jahren einen bezüglichen Gesetzentwurf vorgelegt, über die Aufhebung gewerblicher Arbeitsverträge, worin einem Unternehmer — in der Praxis wird es sich vorwiegend um Gewerbetreibende handeln — eine weitgehende Entschädigung zuerkannt wird, wenn er ohne wesentliche, mit den so ferngelegenen Aufgaben des Arbeitsvertrages zusammenhängende Gründe kündigt; außerdem wird ihm eine Strafe angedroht, wenn ihm nachgewiesen werden kann, daß er die Entlassung verweigert hat, um den

Arbeiter in seinen staatsbürgerlichen Rechten zu beschränken, oder weil der Arbeiter seine staatsbürgerlichen Pflichten in bestimmter Weise ausgeübt hat. Ueber eine solche Forderung, meint Dr. Fleisch, können diejenigen am allerwenigsten erkaunt sein, die stets eine Bestrafung des konträren Arbeiters fordern.

Gegen eine gesetzliche Regelung dieser Materie haben wir natürlich nichts einzuwenden, wir sind vielmehr prinzipiell damit einverstanden; wir halten die praktische Durchführung des Vorschlages von Dr. Fleisch nicht nur für wünschenswert, sondern auch für möglich. Wir sind nämlich der Ansicht, daß der Staat die Pflicht hat, der Willkür und dem Terrorismus eine Grenze zu setzen, indem er seine Bürger — und wenn es auch nur Arbeiter sind — dagegen schützt, daß die Kapitalproleten ihnen die staatsbürgerlichen Rechte beschränken und die Ausübung der staatsbürgerlichen Pflichten erschweren wollen. Dies darf sich ein Staat auf die Dauer nicht gefallen lassen. Die Freiheit eines Unternehmers geht nicht so weit, daß er das Recht hat, Willkür zu üben und seinen Nebenmenschen Unrecht zu tun. Ein Unternehmer muß das Recht und die Menschenwürde eines Arbeiters ebenso achten, wie er verlangt, daß es ihm gehehe.

Ueber die gesetzliche Regelung hinaus aber müssen, unserer festen Überzeugung nach, die Gewerkschaften sich mit der Angelegenheit befassen. Sie haben erst recht die Pflicht, ihre Mitglieder gegen die Unternehmerwillkür in Schutz zu nehmen. Die Einzelheiten dieses Schutzes werden sich im Laufe der Zeit durch die Entwicklung von selbst ergeben. Für uns kam es nur darauf an, die Frage in Fluß zu bringen und darum beschränken wir uns darauf, folgendes als das Ergebnis unserer Untersuchung festzustellen: Es ist eine Forderung der Sozialmoral und der Sozialgerechtigkeit, daß der zu Unrecht entlassene Arbeiter nicht nur gegen die wirtschaftlichen Folgen dieses Willkürrechtes geschützt, sondern daß auch seinem beleidigten Rechtsgefühl Genugtuung verschafft wird. Der heutige Zustand, der weder auf das Eigentumsrecht des Arbeiters, noch auf seine Menschenwürde genügend Rücksicht nimmt, hat sich überlebt und muß bezeugt werden.

Brutus.

Der Parteitag in Mannheim.

Wenn die Zeiten in Drang gehen, ist der Parteitag zu Ende, die aus ihm kommenden Genossen nach allen Richtungen der Winde auseinandergerissen zu neuer Arbeit, zu neuen Schöpfungen, voll anregender Gedanken und Pläne, neu gestärkt und gestärkt in dem Geiste der zukunftsgerichteten, der Zukunft, wie sie auf dem Mannheimer Parteitag mehr denn je zum Ausdruck kam.

Eine volle Woche legte das deutsche Arbeiterparlament in der Rhein-Metropole, die die Ehre für sich in Anspruch nehmen kann, einen der schönsten Orte Deutschlands anzudeuten, in dem bekanntlich der Parteitag, nachdem er zwei Tage lang sich in dem ungünstigen Appollongarten gehalten hatte, seine Tagungen abhielt.

Der Mannheimer Parteitag hatte bei den deutschen Genossen eine Wirkung nicht verfehlt. Es war eine ständige Anzahl ihrer Vertreter, die sich dort zum Zusammenkommen und daß es den Vertretern der Partei in Mannheim gelang, dafür hatten die Mannheimer Genossen reichlich gesorgt. Der Mannheimer Parteitag wird sicher den meisten Genossen eine unvergeßliche Erinnerung bleiben.

Ein guter Geist hat den Parteitag von Anfang bis zu Ende beherrscht, er hat den Beratungen seinen Stempel aufgedrückt und ihnen einen Charakter verliehen, der sie in bester Lichter zeigt. Vor allem verstand es der Parteitag, alles zu vermeiden, was den Verhandlungen einen beklagenswerten Charakter geben konnte, wohl sind zum Teil die Genossen schon auseinander gelagert, jedoch sind alle diejenigen, die vor dem Parteitag ihre Interessen und Forderungen hatten erschallen lassen, nicht auf ihre Rechnung gekommen.

Genau genommen muß werden, daß besonders die weiblichen Delegierten, die vor Beginn des Parteitages auf der Frauenkonferenz mit Lebhaftigkeit und Geduld beraten hatten, es sehr gut verstanden, in verschiedenen Fragen den richtigen Ton zu finden und sich ihren männlichen Genossen ebenbürtig zu erweisen.

Die Debatten über den Geschäftsbericht, Presse, Agitation, Frage usw., waren kürzer und prägnanter als in früheren Jahren, die Tätigkeit der Reichstagsfraktion wurde voll gewürdigt, der von Genossen Schöpfungen in gedrängter Kürze erhaltene Bericht über seine letzten Diskussionen. Die entsprechende Beziehung der Fraktion in der Sitzung, in der die Vergrößerung der Vorparlamentarier erstmals erwogen wurde, wurde behandelt, auch von Bebel, der gleich hier die Fraktion gegen übertriebene Formulare verteidigte und der Beginn des Parteitages, der dies Bedauern entgegenbrachte, wird für die Zukunft bekräftigt werden. Der Mannheimer Parteitag war der Debatte war die berechtigte Aufgabe gegen die bürgerliche Gesellschaft, daß sie die Sozialpolitik richtig einschlagen läßt. Zahlreiche Anregungen für den gemeinsamen parlamentarisch-politischen Kampf wurden gegeben. Wenn man bei der Debatte über den Vorparlamentarismus den Mannheimer Parteitag, der die gegen den „Vorwärts“ gerichtete Propaganda des Genossen Stämpfer in der „Neuen Gesellschaft“ betraf, konnte man an dem Bericht keine heile Freude haben. Die Begehrten und Klagen nach menschlicher Achtung, die vorgebracht wurden, zeigten, daß es nicht im Reich des lebendigen Fortschritts herrscht, sondern es zu bringen in der Parteiverfassung. Manche Kritik, die an der Tätigkeit des Parteivorstandes geübt wurde, war notwendig, da der Vorstand selbst hier bezüglich der geringen Anregungen auch mit sich reden, aber was das nicht war, es wurde jedoch bekannt und nicht ein Scheitern von den Richtungen gegen den Parteivorstand, das leider in letzter Zeit da und dort zu hören verläßt wurde, war hervor.

In kurzer Zeit war die Aussprache über den internationalen Kongress im Jahre 1907 erledigt. Das Referat des Genossen Singer würdigte in großen Zügen die Bedeutung der internationalen Tagungen, mahnte zur Harten Beibehaltung des Kongresses in Stuttgart, für die inessen sofort auch die nötigen Grenzen gezogen wurden, um ein zu starkes Überwiegen der deutschen Vertretung zu vermeiden. Die Vorschläge Singers wurden durch Annahme seiner Resolution vom Parteitag gutgeheißen. Die Gewerkschaften werden wahrscheinlich diese Grundzüge gleichfalls anerkennen. Ein in den ersten Sitzungstagen mit erledigter Antzoll, der besondere Erwähnung verdient, ist der die Vorschläge auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages zu setzen. Die starke Vermehrung der Zahl der Kreise, die diesen Antrag unterstützen, verhalf ihm zu einer so großen interessanten Erörterung, die mit der Überweisung an den Vorstand zur Berücksichtigung endete. Die Massenstreiksdebatte, einer der wichtigsten und interessantesten Punkte der Tagesordnung, hat die notwendige und gewünschte Klärung über die Frage voll gebracht. Von nah und fern waren die Genossen herbeigeeilt, um die verschiedenen Ansichten über die Frage zu hören, die seit der Veröffentlichung des Protokolls der Sitzung der Zentralvorstände vom Februar d. J. so viel Staub aufwirbelte. Bebel als erster Berichterstatter bezeichnete die Verfestigung des Protokolls (die bekanntlich durch die „Einigkeit“, das Organ der Anarchosozialisten, erfolgt ist), als einen Treubruch schlimmster Art. Bebel erläuterte und erklärte seinen Standpunkt und seine Ausführungen in jener Sitzung, die vielfach falsch aufgefaßt und mißverstanden worden seien. Er habe unter keinen Umständen an einen Generallstreik gedacht, durch einen solchen würden wir eine glänzende Niederlage erlitten haben. Andererseits könne keine Meinungsverschiedenheit darüber bestehen, daß wenn Angriffe auf das Reichstagswahlrecht oder das Koalitionsrecht unternommen werden, wir ins Feuer gehen müssen, unter allen Umständen.

Regien, der Vorsitzende der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, als Korreferent, wendete sich zunächst ebenfalls in scharfen Worten gegen die eigentlichen Urheber der Debatte und spricht den Sozialisten die Verfestigung der Zugehörigkeit zur Partei ab. Zur Sache selbst spricht Regien in längeren Ausführungen gegen den Generallstreik, der vorerst nichts anderes als Generallstreik sei, da gerade diejenigen Industrien (Nahrungsmittel- und Transportindustrie), die bei einem derartigen Streik in erster Linie in Frage kommen, auch in erster Linie betroffen würden. Der Redner weist darauf hin, daß der Gewerkschaftskongress diejenige Instanz ist, die das Recht und die Pflicht hat, über den Massenstreik zu entscheiden, denn bei seiner Ausführung seien die Gewerkschaften die wichtigsten Organe. Wohlwollend berührt es, wie Regien betont, daß innerliche Differenzen zwischen Gewerkschaften und Partei nicht bestehen, daß beide Körperschaften eins sind, wenn es sich um die Verteidigung der heiligen Rechte des Proletariats handelt. Doch hielt der Redner daran fest, daß die Taktik der Gewerkschaften gegenüber der Generallstreik-idee die richtige sei und auch durchaus im Interesse der Partei liege.

Regien hat eine Resolution des Inhalts eingebracht, daß der Parteitag den Jenaer Beschluß zum politischen Massenstreik bestätige, der mit der Resolution des Kölner Gewerkschaftskongresses nicht in Widerspruch stehe. Gegen die Resolution Bebel enthält Regien's Resolution Abänderungen, die den Kern der Sache besser präzisieren und zum Ausdruck bringen. Rautsch begründete eine Resolution, wonach die Gewerkschaften unmittelbar der Propagation der sozialdemokratischen Ideen dienlich gemacht werden sollen. Außerdem wurden im Laufe der Debatte eine Reihe Zusatzanträge gestellt. Sämtliche Redner bezeugten sich einer Sachlichkeit, die nichts zu wünschen übrig ließ, persönliche Epochen, verletzende Nebenwunden wurden fast durchweg gemieden und ist damit die Gelegenheit gegeben, daß die Massenstreiksdebatte die Situation völlig klärt und daß sie zugleich eine noch engere Verbindung zwischen Partei und Gewerkschaften in die Wege leitet und der gesamten Arbeiterkraft von Nutzen ist.

Die Harmonie wurde dadurch etwas gestört, daß nach Schluß der Debatte der Vorsitzende Singer zuerst dem Korreferenten Regien das Schlusswort erteilen wollte. Regien erwiderte, er sei zweiter Redner und wolle nach Bebel sprechen, so habe man es auch in Köln gehalten. Der Parteitag beschließt, daß Regien zuerst reden solle. Regien aber verzichtet auf Wort. Darauf legt Bebel in seinem Schlusswort nochmals seine Ansicht dar, bezeichnet es als einen ungeheuren moralischen Gewinn, wenn die Einigkeit hergestellt werde und plädiert für die Annahme einer Vermittlungsresolution, die im Laufe der Debatte Fischer-Verlin vorgelegt hatte. Die am Freitag vor dem Parteitag vorgenommene Abstimmung ergab die Annahme der Resolution Regien, welche Tatsache von den auf dem Parteitag anwesenden Gewerkschaften mit sichtlichster Befriedigung aufgenommen wurde.

In Fortsetzung der Tagesordnung wurden dann zunächst die Anarchosozialisten in gebührender Weise gekennzeichnet. Um dem die gewerkschaftlichen Bestrebungen aufzudecken, die in der Debatte über die „Ausgewerkschaften“ ein Ende zu machen, hatte v. Elm und Genossen eine bezügliche Resolution eingebracht. Parteivorstand und Kontrollkommission fanden aufeinander diese Resolution nicht ganz passend, die am Freitag vor dem Parteitag vorgenommene Abstimmung ergab die Annahme der Resolution Regien, welche Tatsache von den auf dem Parteitag anwesenden Gewerkschaften mit sichtlichster Befriedigung aufgenommen wurde.

Zum Schluß wird ein vom Abg. Fischer-Verlin eingebrachter Antrag angenommen, nach dem der Parteivorstand beauftragt wird, in Gemeinschaft mit der Generalkommission die Frage der Sozialisten zu regeln.

Nach den auf dem Parteitag gepflogenen Debatten ist anzunehmen, daß diese Regelung derart erfolgt, daß dem die Partei und die Gewerkschaftsbewegung auf schwerste schädigenden Treiben dieser Personen endgültig ein Damm gesetzt wird.

Daß die „Masseier“ eine ziemlich eingehende Debatte erfahren werde, war vorauszuweisen. Die Vorgänge bei der Masseier in Berlin, die großen Schädigungen, welche die Gewerkschaften durch die Arbeitsruhe am 1. Mai jedes Jahr in höherem Maße erleiden, zwang die Vertreter der Gewerkschaften, auf das Nachdrücklichste auf diese Schädigungen hinzuweisen und Mittel und Wege vorzuschlagen, wie diesen Schädigungen abgeholfen ist. Deshalb konnten drabte namentlich ein von Bebel'schen-Bienbrun eingebrachter Antrag, der in Jena zur Frage der Rei-

feier beschlossenen Resolution hinzuzufügen, daß der Parteitag es als eine Pflicht der gewerkschaftlich organisierten Parteigenossen betrachte, sich den von den maßgebenden Gremien der gewerkschaftlichen Organisationen in Bezug auf die Arbeitsruhe am 1. Mai gefassten Beschlüssen unterzuordnen und daß es nicht möglich sei, durch planloses Eintreten der Arbeit an diesem Tage diese selbst der Wirklichkeit näher zu bringen.

Der Parteitag war aber zweifellos schon etwas kongregmüde, als die Debatte über die Maifeier begann, denn er sprach sich über die für die Gewerkschaften so hochwichtige Frage nicht genügend aus und nahm die von dem Referenten Fischer zu der Sache vorgeschlagenen Genauer Resolution auf neue an, nach welcher es den Genossen und Arbeiterorganisationen zur Pflicht gemacht wird, neben den anderen Kundgebungen für die allgemeine Arbeitsruhe am 1. Mai einzutreten und überall da, wo die Möglichkeit der Arbeitsruhe vorhanden ist, die Arbeit ruhen zu lassen.

Die sozialdemokratische Bewegung ist eine allumfassende Kulturbewegung. Sie strebt weit hinaus über die soziale Gegenwartsarbeit und hat unüberwindliche Kulturideale zum Ziel, deren Verwirklichung die endliche Menschwerdung der Proletarier bedeuten wird. In der Reihe dieser Ideale muß selbstredend das Erziehungs- und Bildungsideal einen hervorragenden Platz einnehmen. Seine Ausgestaltung wäre jedoch kaum etwas anderes als Utopie, wenn nicht der proletarische Klassenkampf den Weg zu ihm ebnete und wenn nicht heute schon Mindestforderungen erhoben und zu erkämpfen gesucht würden, die uns auf diesem Weg etappenweise vorwärts bringen.

Für die mannigfaltigen Angelegenheiten der Jugenderziehung war in den Massen von jeher ein lebhaftes Interesse vorhanden und es erschienen auf jedem Parteitage Anträge, die sich mit dem oder jenem Zweig dieses wichtigen Gebiets beschäftigten. Doch erst der heutige Parteitag legte an hervorragender Stelle Protest ein gegen die geistige Mißhandlung der Kinder unseres Volkes und stellte dem das sozialistische Ideal einer harmonischen Ausbildung an Geist und Körper entgegen.

Die Referate von G. Schulz und Clara Zetkin schöpften aus dem Born des praktischen Lebens und insbesondere Clara Zetkin, die ihren Vortrag leider durch ein infolge Überanstrengung entstandenes Unwohlsein unterbrechen mußte, gezielte die Schändlichkeiten der heutigen Erziehungsmethoden und malte eine neue, bessere, sozialistische Volkserziehung und -bildung aus. Da die Genossen sehr erschöpft, schloß das Präsidium vor, den Schluß des Referats schriftlich niederzulegen und daselbe mit dem Referat des Genossen Schulz in einer Broschüre in Massen zu verbreiten. Dieser Vorschlag sowie ein weiterer, sämtliche Anträge zur Volkserziehung einem noch zu wählenden Bildungsausschuß zu überweisen, der sie als Material dem nächsten Parteitag vorlegen soll, wird einstimmig angenommen.

Genosse Haase-Königsberg hielt ein vorzügliches Referat über „Strafprozeßreform und Strafvollzug“. Auf Grund der materialistischen Geschichtsauffassung legt er dar, daß das Recht nichts Stehendes, sondern ununterbrochen Veränderungen unterworfen ist. Der Klassenstaat schafft die Klassenjustiz. Daraus ändern auch die besten Juristen und Richter nichts. Der Redner erörtert insbesondere Unteruchungshaft und Strafvollzug für jugendliche Verbrecher und zeigt an Hand von ihm vorgetragener Thesen, wie eigentlich das Strafrecht beschaffen sein soll.

Der Parteitag stimmt den Ausführungen des Redners durch die Annahme dieser Thesen zu und bekundet dadurch seine dem jetzigen System diametral gegenüberstehende Ansicht über die Frage.

Für die russischen Revolutionäre wird eine Sympathie-resolution angenommen, die die Empörung der deutschen Genossen über den blutdürstigen Zarismus sowie die Bewunderung des russischen Freiheitskampfes zum Ausdruck bringt.

Als nächster Parteitagort wird Essen bestimmt, um dort einmal der schwarzen Woche eine rote folgen zu lassen.

Einem Beschluß der dem Parteitag vorausgegangenen Konferenz dem Schutze der Kinder gegen Mißhandlung, Verwahrlosung und Ausbeutung ständig und planmäßig entgegenzutreten, tritt der Parteitag bei.

Der Parteivorstand setzt sich nach den Wahlen zusammen aus Hebel und Singer als Vorsitzenden, Gerlach als Kassierer, zu Sekretären werden gewählt Auer, Ebert, Hannich, Wolfenbühler und Müller (letzterer neu).

Damit sind die Arbeiten des Parteitages zu Ende. Der Vorsitzende gibt in seinem Schlußwort noch ein kurzes Resume dieser Arbeiten und betont die Einigkeit und den Zusammenhalt, mit dem gearbeitet worden ist und in Zukunft werden wird. Er schließt mit der Aufforderung, zu arbeiten, zu agitieren, zu organisieren, um die Wege der Sozialdemokratie zu ebnen, ihre Bestrebungen zu fördern und ihren Ideen zum endlichen Siege zu verhelfen.

Alles in allem hat der Parteitag sehr erfreuliche Resultate gezeitigt. Die Reihen der Kämpfer sind von neuem geschlossen, die Massen von neuem geschärft, der Kampfesmut von neuem angefaßt worden. Das ist in der gegenwärtigen Zeit auch dringend notwendig. Die Klassenkämpfe sind wahrlich scharf genug und trotzdem denken gewisse maßgebende Kreise nicht daran, den Forderungen der Arbeiter Rechnung zu tragen, sie als gleichberechtigte Faktoren anzuerkennen, sondern sie möchten am liebsten dem Volk alles nehmen und ihm unbegrenzte Gewalt herrschen aufzwingen.

Ihnen hat der Parteitag ein „Menetekel“ zugerufen. Er hat ihnen gesagt, daß die Partei gerüstet ist und daß der rücksichtslose Kampf rücksichtslosen Gegenkampf fordert.

In des Königs Rod.

Jetzt ist wieder die Zeit da, wo viele unserer besten Kämpfer das „Vergnügen“ haben werden, zwei resp. drei Jahre das — ach so schöne — Kasernenleben zu genießen. Die meisten von ihnen sind, welche eintreten, haben nun bis jetzt das freie Leben in der Gewerkschaft und Partei in vollen Zügen genossen, und jetzt auf einmal kommen dieselben in ganz neue Verhältnisse, wo nur blinder Gehorsam, stumme Ergebenheit gefordert wird, wo der Mensch und seine Überzeugung nicht mehr genchtet, sondern bloß Disziplin und nochmal Disziplin gefordert wird. Wir Gewerkschafter haben nun auch Disziplin, aber eine freudige, freiwillige, um unsere gerechte Sache. Die Disziplin beim preußisch-deutschen Militä-

tarismus aber ist für uns bloß eine Mißdisziplin, mit geballten Fäusten und Zähneknirschen, und manchen Gewerkschafter fällt es schwer, sich zu mäßigen, wenn er mißhandelt wird. Denn wenn unsere jungen Kollegen denken, daß diejenigen Mißhandlungen, welche jeden Tag in der Zeitung zu lesen sind, die alleinigen wären, der irt sich. Die meisten Mißhandlungen kommen gar nicht aus Tageslicht, in erster Linie dadurch, daß sie nicht gemeldet werden. Darum, Kollegen, besorgt Euch den Führer durch die Militärstrafgesetze, wo das Beschwerderecht ausführlich geschildert ist, und welchen man am besten in unseren Parteibuchhandlungen kauft. Orientiert Euch genau. Und wenn Euch so ein Soldatenschinder mit unflätigen Ausdrücken schikaniert oder Euch zu nahe kommt, meldet das unmissverständlich. Sollte sich eine Meldung unterschlagen werden, verfolgt das ebenso unmissverständlich. Das bisherige Recht, welches der deutsche Soldat hat, muß er gebrauchen, um die sprichwörtlich gewordenen Gemeinheiten auszurollen, welche manche Vorgesetzte an dem Soldaten ausüben. Nieder mit den Schindern! Dann noch, Kollegen: Ein offenes Auge haben für alle Vorgänge, denn da kann man sich erst keine Ueberzeugung festigen, wenn man die Ungerechtigkeiten jeden Tag mit ansieht. Der beste Agitator für uns ist der preußisch-deutsche Militarismus. In anderer Beziehung aber dem Dienst in jeder Art und Weise nachkommen, dann wird jeder von Euch sehen, daß die Vorgesetzten einen gewissen Respekt vor Euch haben. Im inneren sich denken, daß wir alle in der Gewerkschaft und Partei hinter Euch stehen und keiner von Euch verlassen ist, wenn auch hier und da der Dienst schwer fällt, verschafft Euch Zeitungen, damit Ihr wißt, wie es in der Welt aussieht, und damit Ihr nicht ganz stupid werdet, bis Ihr die Achselstücke der Offiziere mit silbernen und goldenen Schnürchen, oder die Namen aller Kinder Wilhelm II. im Kopf habt, denkt hier und da einmal an unsere gute Sache, die von Tag zu Tag mächtiger emporblüht, denn denken darf man selbst beim Militär noch; seid vorsichtig mit Äußerungen über Parteizugehörigkeit, sammelt Euch einen reichen Schatz von Erfahrungen über den Militarismus und Ihr werdet alle als feste und zielbewusste Sozialdemokraten, welches Ihr in des „Königs Rod“ geworden seid, wiederkehren! Kollegen, es sind schwere Zeiten für einen freien Menschen, diese Dienstjahre; eine Zeit der Knechtung und Unterdrückung, aber geht mit dem Bewußtsein dahin, daß Ihr dort ausgebildet werdet, um dieses System einmal zu stürzen. Und nun ein Lebenswohl allen unseren Rekruten!

Josef Bauer.

Die erste Gastrolle des Bundes der „Gelben“ im Gau Sachsen und Thüringen

gab am Sonntag den 23. September Wichnomschky aus Berlin in Altenburg. Zur würdigen Begehung dieses Ereignisses hatten sich denn auch unsere Mitglieder aus den Orten Altenburg, Zeitz und Meuselwitz eingefunden in der Stärke von 30 Personen, unter denselben der Gauleiter. Daß nun die ganze Situation an und für sich für die Arrangements nicht so vertrauenswürdig war, konnte man demnächst an den verdursten Gesichtern ablesen. Der Altenburger Vergnügungsverein, drei Vorstandsmitglieder eines solchen aus Zeitz und vier Mitglieder eines solchen aus Glauchau, zusammen 35 bildeten den anderen Teil der „Versammlungsbewerber“. Auch der Obermeister Koch war mit noch 8 bis 9 Herren von der Innung herbeigeeilt, um bei dem neuen „hoffnungsvollen“ Sproßling Gewatter zu stehen.

Unter ziemlich großen Umständen ging dann glücklich die Bureauwahl von statten. Aus unserer Mitte stellten wir den Kollegen Kretschmar-Zeitz, wenn auch als 2. Vorsitzenden, der aber das ganze Konzert dirigierte. Jetzt erhielt nun Wichnomschky das Wort zu seinem Referat „Zweck und Ziele des neugegründeten Bundes“. Zunächst erklärte er, warum der Bund gegründet worden sei, nämlich um einem schwer empfundenen Mangel an einer „richtigen“ Organisation abzuhelfen. Unser Verband verpflichte die Mitglieder, bei den Wahlen Sozialdemokraten zu wählen. Die christlichen und katholischen Gewerkschaften machen ebenfalls bei den Wahlen Propaganda für diesen oder jenen Kandidaten. Das sei vom Bunde einfach nicht zu erwarten, er beschäftige sich mit keiner Politik, auf gut deutsch gesagt: die Mitglieder dort werden von vornherein zu Staatsbürgern 2. Klasse erzogen. (Ob die Herren wohl selber daran glauben?) Aber noch einen viel höheren Zweck verfolgt der Bund, das Standesbewußtsein soll unter unseren Kollegen gehoben werden (wer lacht da nicht?). Hauptsache ist und muß sein, die rettende Hand an die Verbesserung unseres Handwerks zu legen, das soll und muß unter der Devise stehen: „Gemeinsam mit dem Meister für das Handwerk!“ (Da werden die Leutchen wohl noch manche bittere Enttäuschung bei dieser Handwerksbretterei erleben.) Er betont dann weiter, die Bäckermeister wählten schon lange, daß sie zu wenig Lohn zahlen, und die würden auch nun, wenn erst mal diese zu errichtenden Kommissionen in allen Städten vom Bund eingreifen, sofort in den Beutel greifen, wenn nicht — na, darüber hat sich Herr Wichnomschky ausgeglichen — was dann geschehen soll, gestreift darf auf alle Fälle nicht werden. Dann wird's wohl einfach heißen, wir sind dagegen, es war niemand zu sprechen, damit basta. Nun mußte selbstverständlich unser Verbandsorgan, der bei den Gelben so „beliebte“ „Bäcker“, das Organ unserer Berliner Kollegen, gründlich herhalten, das seien nur Schimpf- und Schmutzblätter, und der Bund habe es sich zum Prinzip gemacht, seinen Mitgliedern eine gute sachwissenschaftliche, literarische Kost vorzusetzen, (a la Hartmann-Ruchbändler). Alles in allem genommen, das Handwerk wird durch den Bund gehoben, jeder wird noch Bäckermeister, das noch mangelnde Standesbewußtsein wird gefördert und wenn mit dem Meistern nichts ist, dann hat man wenigstens das erhöhte Standesbewußtsein. Es man damit verbüßern oder betteln gehen soll bei den unverbesserten Zuständen, auch das wurde nicht verraten. Jetzt kam zum Schluß nun der Wunsch, alle Vereine möchten so schnell als möglich dem Bunde beitreten, der richtige Vorteile biete, weil er es könne; er gäbe kein Geld her zu Streiks, auch keine begabten Agitatoren würden gehalten und noch dergleichen Kohl mehr; — nicht zu vergessen ist eins: der Redner verrät, daß sie im Geruch stehen bei den Bäckermeistern, sie partiierten mit unserem Verbands, wir behaupteten wieder: sie (der Bund) würden von den Meistern protegiert; kein von beiden sei wahr, nur selbst aus Liebe zum Handwerk sind wir entstanden!

Als erster Diskussionsredner erschien der Vorsitzende Hartmann aus dem Plane, bemerkend, es sei an der hoch-

sten Zeit, daß der Bund gegründet worden sei, damit wenn es mit den Lohnbewegungen innerhalb unseres Verbandes so weiter gehe, nicht etwa mal der Zeitpunkt komme, wo wir die Arbeitsnachweise beherrschten. Wenn sich der Bund vielleicht das eingebildet hat, dieselben in seine Hände zu bekommen, so wird wohl Wichnomschky durch des Obermeisters Koch Ausführungen eines besseren belehrt sein, denn die bedeutete an den ganz zahmen Bund auch schon eine unverblühte Abjage; Krankenkassen, Arbeitsnachweise kann nach Meinung des Herrn Koch am besten nur die Innung verwalten, auch der Bund wird also auch dazu nicht geeignet sein. (O. Ihr Vermeinten, laum entstanden, und so springt man schon mit Euch um!) Um nun einem Wunsche des Herrn Obermeisters Koch nicht nachzukommen, der nämlich befürchtete, wir würden nun in dem Bericht von meinen Ausführungen in unserem Fachblatt das meiste Aufheben machen, will ich kein Wort von denselben erwähnen, aber das dürfen unsere Leser sicher sein und die mich kennen, werden es sein, ich bin in meinen schuldigen Ausführungen keinem etwas schuldig geblieben, weder Herrn Obermeister Koch noch dem Wichnomschky, ich bin auf meine Rechnung gekommen und alle Mitglieder mit. Der Obermeister Koch begrüßte nun selbstredend diese neue Organisation und wenn er auch jedes Mitwirken in Abrede stellte an dem Zustandekommen des Bundes, mancher wird sich des Einbruchs nicht haberechtern können, daß dem so sei; betrachte Konsumbäderies und dergleichen mehr mußten nun herhalten; am Schluß gab er allen den guten Rat, recht aufmerksam unser Fachblatt zu lesen, Diskussionsklubs zu gründen, sich zu bilden und zu schulen, um, wie er bekannte, auch solche Fortschritte auf diesem Gebiete zu machen, als wie ich sie gemacht hätte. (Welche Schmeichelei für mich.) Nun, wir sind Herrn Koch dankbar für diese Anregung an unsere Kollegen, wir werden den Schaden davon nicht haben. Aber eins möchten wir Herrn Koch auch dringend empfehlen, einen Bildungskursus für Bäckermeister einzurichten. Einer der Herren, namens Ehrlich, gebrachte einem anwesenden Genossen gegenüber, der mit Wichnomschky ins Gericht gehen wollte, den Ausdruck: „Red“ Für den Herrn wäre ein Bildungskursus angebracht. Die Kollegen Kretschmar, Kretschmar und Böttcher fertigten dann noch die Herren gründlich ab. Mittlerweile waren die Vergnügungsvereiner fast bis auf 8-9 verschwunden, so daß wir fast allein der Ehre teilhaftig wurden, das Schlußwort zu hören. Ich bin aus demselben nicht klug geworden, eins hat mich interessiert, als Wichnomschky sagte: heute hätten die Christlichen noch gefehlt, dann bräuhete niemand mehr ins Theater zu gehen! Nun, verschiedene unserer Mitglieder haben auch so gewarnt, die haben Wichnomschky als guten Komödianten bezeichnet.

Nun alles in allem genommen: wir sind zufrieden mit dieser ersten Vorstellung. Nur immer so weiter, um so eher werden unsere Kollegen begreifen lernen, wohn sie gehören.

W. R.

Aus unserem Berufe.

Bäckermeister und Beitragskassierer. Der Geschäftsführer unserer Mitgliedschaft Köln, Dietrich, schreibt uns: Ich komme eben aus der Groß-Bäckerei von Jakob Werner, früher Münzel, Berlin 20, oder besser gesagt, aus dem der Bäckerei gegenüberliegenden Wohnhaus der bei Werner beschäftigten Bäckergehilfen. Als Kassierer des Bäckerverbandes hole ich von unseren in diesem Hause wohnenden Mitgliedern seit jeher schon die Beiträge von Zeit zu Zeit ab, bringe ihnen die Zeitung ins Haus usw. Das habe ich nun auch heute wieder getan, und vielmehr ich wollte es tun, als plötzlich im Laufe des Gesprächs mit einigen Gesellen mir „befohlen“ wurde, mich zu Herrn Werner hinunter zu begeben. Ich kam dieser Aufforderung sofort nach und traf Herrn Werner auf dem Flur der ersten Etage. Ich grüßte und zog den Hut, und ich vermutete, daß mir Werner wohl das Haus verbieten würde, wozu er aber rechtlich gar nicht befugt ist, da er nicht der Inhaber der Gesellenwohnung, sondern nur der Vermieter ist. Aber Werner schrie mich ohne weiteres an: „Was wollen Sie hier?“, packte mich an der Brust und am Nacken, stieß mich zu Boden und verfehlte mir mehrere Schläge mit der Faust auf den Rücken; der Gefahr, die Treppe heruntergeworfen zu werden, konnte ich mich nur durch Festhalten am Treppengitter erwehren. Weiteren Wortwechsel gab es nicht. Da der Bäckermeister mir an Körperkräften bedeutend überlegen ist und ich überhaupt kein Kampfbin, verließ ich schnell das Haus, während Werner noch mehrere Proben seiner „Bildung“ auf der Straße fundab. Ich habe den Ueberfall bereits der Staatsanwaltschaft angezeigt.

Gewerbegericht Köln. Mit der Arbeitszeit im Bäckergewerbe beschäftigt sich das Gewerbegericht in folgender Sache: Ein Bäckergehilfe verlangte von seinem Meister 17.85 M. Entschädigung wegen nicht gewählter Kündigung. Der Beklagte machte geltend, der Geselle habe am 12. Uhr nachts mit der Arbeit begonnen und habe die Arbeit am 12. Tag mittags 12 Uhr unbefugt verlassen. Die Arbeitszeit betrage zwölf Stunden. Da dem Gesellen während dieser Zeit auch noch mehrere Pausen von zusammen etwa anderthalbstündiger Dauer gewährt wurden, so habe der Kläger bis 3 Uhr nachmittags arbeiten müssen. Da er aber bereits um 12 Uhr ohne Erlaubnis die Arbeit verließ, liege ein unbefugtes Verlassen der Arbeit und somit ein Grund zur sofortigen Entlassung gemäß § 123 Ziffer 3 der Gewerbeordnung vor. Der Kläger führte aus, er sei nachts 12 Uhr pünktlich zur Stelle gewesen, was auch durch einen Zeugen bewiesen wurde, der aber auch ausagab, daß der Geselle die Arbeit erst 1/2 Uhr begann. Demgegenüber führte der Kläger aus, daß der Dien vorher nicht die nötige Ruhe hatte, um mit dem Backen beginnen zu können. Das Gericht verurteilte den Bäckermeister zur Zahlung des eingeklagten Betrages und zwar aus folgenden Gründen: Nach der Bundesratsverordnung vom 4. März 1896 darf die Arbeitszeit der Bäckergehilfen die Dauer von zwölf Stunden nicht übersteigen. Nur dann darf sie dreizehn Stunden betragen, wenn sie durch eine Pause von einer Stunde unterbrochen worden ist. Diese Pause muß aber ununterbrochen sein. Kürzere als einstuündige Pausen sind, auch wenn sie zusammengerechnet die Dauer einer Stunde überschreiten, in den zwölfstündigen Arbeitstag einzurechnen. Im vorliegenden Falle sind dem Kläger, wie dieses zwischen den Parteien nicht streitig ist, mehrere Pausen, von denen aber keine die Dauer von einer Stunde erreicht hat, gewährt worden. Es dürfte daher die Arbeitszeit nur zwölf Stunden betragen. Da der Kläger erweisefsmoßen von nachts 12 Uhr an zur Verfügung stand, so war er berechtigt, mittags 12 Uhr die Arbeit einzustellen und hierin konnte

Beisenbinderhof 57. — Verlag von D. Hillmann, Druck
 von Fr. Meyer, Hamburg-Eilbek, Friesenstraße 4

Dom Ausland.

Zwanzig Jahre „Bäcker-Zeitung“.

Die „Bäcker-Zeitung“, Organ des Verbandes der Bäckerarbeiter Österreichs, feiert die Vollendung von 20 Jahren des Erscheinens. Die erste Nummer der „Bäcker-Zeitung“ erschien am 6. Oktober 1887 unter dem Titel „Zachblatt der Bäckerarbeiter Österreich-Ungarns“. Die Gemeinschaft mit den ungarländischen Bäckerarbeitern, auch so eine Art Dualismus, war von seiner langen Dauer. Die Bäckerarbeiter Ungarns haben sich ein eigenes Zachblatt geschaffen, aber das ist einige Male bereits eingegangen und wurde immer wieder frisch gegründet. Von demselben Schicksal wurde auch die Zachorganisation der Bäckerarbeiter Ungarns heimgesucht. Gegenwärtig besteht zwischen dem Verbande der Bäckerarbeiter Österreichs und der ungarischen Bäckerorganisation nur ein gegenseitiger Austausch des Zachblattes.

Die „Bäcker-Zeitung“ hat eine sehr bewegte Periode durchgemacht, sie wurde nicht nur von den österreichischen Sozialisten gleich im ersten Jahre ihres Erscheinens mit Konfiskationen hart verfolgt, sondern eine Reihe von Jahren mußte sie mit den materiellen Sorgen schwer kämpfen. Heute freilich ist die Bahn frei, der materielle Bestand des Blattes gesichert und auch die Staatsanwälte wurden erogen; wir haben förmlich die Pressefreiheit in Österreich, allerdings ohne gesetzliche Garantie. Die Mutter der österreichischen Bäckerarbeiterbewegung ist die „Bäcker-Zeitung“, denn vorher haben die Bäckerarbeiter Österreichs keine eigene Zachpresse gehabt. Die „Bäcker-Zeitung“ führt heute in Österreich den Kampf gegen die wirtschaftliche Abhängigkeit und geistige Knechtschaft nicht mehr allein, ihr zur Seite steht das tschechische Organ des Lebensmittelarbeiterverbandes „Potravostelník“ und ab 15. September d. J. erscheint für die italienisch-slovenischen Verbandsmitglieder „Internationale“ in der italienisch-slovenischen Sprache.

Die schwere Pionierarbeit der „Bäcker-Zeitung“ läßt uns am besten das in der ersten Nummer veröffentlichte Programm erkennen, welches folgende Punkte enthielt:

1. Schaffung einer praktischen Organisation der gesamten Bäckerarbeiter der österreich-ungarischen Monarchie.
2. Aufhebung und Veleuchtung der Verhältnisse beim Bäckerhandwerk.
3. Antreibung der Verkürzung der Arbeitszeit und Beilegung jedes Abhängigkeitsverhältnisses.
4. Abschaffung der Nachtarbeit.
5. Erörterung gewerblicher, sozialpolitischer, ökonomischer und wissenschaftlicher Fragen.
6. Die Abänderung der privatkapitalistischen Produktionsweise.

Diesem Zwecke zu dienen war das feierliche Versprechen jener Genossen, die vor 20 Jahren in der „Bäcker-Zeitung“ ihr Programm auskulten. Die „Bäcker-Zeitung“ ist nicht nur diesem Programm stets treu geblieben, ihr gebührt auch der berechtigte Anteil an den erzielten Erfolgen der österreichischen Bäckerarbeiter. Die „Bäcker-Zeitung“ wird nach wie vor einzig dem Befreiungskampfe der Bäckerarbeiter dienen.

Als Herausgeber der „Bäcker-Zeitung“ haben die Genossen Kral, Kreuzer, Selaschitz, Nemec und Tobola gezeichnet. Der verantwortliche Redakteur war Genosse Gargula. Leider haben diese Genossen nicht alle das 20jährige Jubiläum des Blattes erlebt, denn 3 von ihnen, Gargula, Kral und Selaschitz ruhen bereits im Schoße der Mutter Erde, während Wilh. Nemec spurlos verschollen ist. Genosse Tobola ist derzeit als der Herausgeber der „Bäcker-Zeitung“ aktiv noch sehr tätig. Genosse Kreuzer ist vor circa 1 Jahrzehnt vom Verbanne der genossenschaftlichen Gehilfenvereinigungen als Redaktionsleiter berufen worden, wodurch er seine ausgezeichnete Kraft nicht mehr der Arbeiterbewegung zur Verfügung stellen kann, aber er ist noch immer Mitglied unseres Verbandes.

Seit dem Jahre 1890 ist die „Bäcker-Zeitung“ obligatorisch für die Mitglieder eingeführt. Im Jahre 1894 wurde die „Bäcker-Zeitung“ in „Zeitung“, Organ des Verbandes der Lebensmittelarbeiter Österreichs, umgewandelt und erschien unter diesem Titel bis zur Schaffung des Verbandes der Bäckerarbeiter Österreichs im Jahre 1902, wo sie wieder ihren alten Namen erhielt und das Eigentum der Bäckerarbeiter wurde.

Welcher Wind in den 80er Jahren wehte, geht aus der ersten Konfiskation (Nr. 3) der „Bäcker-Zeitung“ hervor, die wegen eines Artikels betreffend die Sonntagruhe erfolgte. Einen dornenvollen Weg hat also die „Bäcker-Zeitung“ hinter sich; was die Zukunft in sich birgt, ist wohl ungewiß, aber jene düsteren Zeiten, wo man die Arbeiterpresse willkürlich knebelte, wo man die Zachorganisationen niedertrampelte (der Fachverein der Bäcker Wiens wurde im Jahre 1888 wegen Vornahme einer Statistik verboten), die fand auch in Österreich vorüber. Die Bäckerarbeiter Österreichs lassen sich nicht mehr in die alte Abhängigkeit zurückwerfen, die eroberten Rechte als gleichwertige Staatsbürger nicht rauben, sondern sie werden mit verstärkter Kraft den Emanzipationskampf der Arbeiterklasse bis zum Ende weiterkämpfen, ihnen daran ihr Geisteswerk, die „Bäcker-Zeitung“.

F. J.

Ein allgemeiner italienischer Arbeiterbund.

Die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterklasse Italiens hat mit zwei verschiedenen Zweigen zu rechnen, den Federationen (gewerkschaftliche Zentralverbände) und den Arbeiterkammern (lokale Vereinigungen). Zwischen diesen beiden Organisationsformen kommt es bekanntlich recht häufig zu unangenehmen Reibungen und Differenzen, durch welche die Aktionsfähigkeit der Arbeiter naturgemäß geschwächt wird. Um diese Unklarheit zu beseitigen, machte der Sekretär des italienischen Metallarbeiterverbandes Genosse Berzi auf dem letzten Verbandstage der Metallarbeiter den Vorschlag, eine allgemeine Konfederation der Arbeiter zu schaffen. Eine im Sinne des Vorschlages Berzi gehaltene Resolution fand Annahme. Demnach findet nun der italienische Gewerkschaftsbund statt und Berzi veröffentlicht ein von ihm ausgearbeitetes Statut für den nach seinen Plänen zu schaffenden Gewerkschaftsbund. Die Reibungen zwischen den beiden Organisationsformen will er durch Schaffung einer einheitlichen Mitgliedskarte und -Marke beseitigen, so daß ein Mitglied des Zentralverbandes zugleich Mitglied der lokalen Arbeitskammer sein würde. In

den Bund sind zugelassen die Zentralverbände, die Arbeitskammern und diejenigen autonomen Gruppen, für die ein Zentralverband noch besteht und die an solchen Orten ihren Sitz haben, wo auch noch keine Arbeitskammer errichtet ist. Ueber die Aufgaben des Bundes sagt Artikel 3: Die allgemeine Leitung der proletarischen Bewegung, der industriellen sowohl als der landwirtschaftlichen unabhängig von jeder politischen Richtung.

Dagegen sagt Artikel 4, daß jede Initiative der Abgeordneten des Proletariats in der Legislative der Provinz und in der Gemeinde zur Errichtung derjenigen Geseze und sozialen Verbesserungen, die von der Masse des Proletariats gefordert werden, zu unterstützen sind. Sodann wird weiter unten gesagt, daß die notwendigen und geeigneten Schritte zu tun seien, um mit denjenigen Parteien, welche in der Politik die Interessen der Arbeiter vertreten, in Fühlung zu gelangen, damit bei jeder partiellen oder allgemeinen Differenz zwischen Kapital und Arbeit, die sich zu einem allgemeinen Klassenkampf ausbildet, die geeigneten Maßnahmen getroffen werden können. Demnach scheint Berzi von anderen Parteien als der sozialistischen Unterstützung der proletarischen Interessen zu erwarten oder soll dadurch nur die vollkommene „politische Neutralität“ der Federation unter Beweis gestellt werden? Auf jeden Fall würden ja auch die italienischen Gewerkschaften bald einsehen, daß sie außerhalb der Sozialdemokratie wenig Unterstützung finden würden. Als weitere Aufgaben werden angeführt: Erhebungen, Aufnahme von Statistiken über die Lage der Arbeiter, die Zahl der Arbeitslosen, die Streiks usw. Ferner soll Verständigung mit den Kooperativgenossenschaften und den Unterstützungvereinigungen gesucht werden. Mit der Lösung der oben bezeichneten Aufgaben soll ein Komitee, bestehend aus 7 Mitgliedern, von denen 2 als Sekretäre fest anzustellen sind, beauftragt werden. Außerdem soll noch eine Aufsichtskommission von 30 Mitgliedern gebildet werden. Das Exekutivkomitee wird von dem allgemeinen Gewerkschaftskongreß gewählt. Die Kosten für die zu schaffende Institution, die, wie man sieht, im wesentlichen unserer deutschen Generalkommission nachgebildet ist, sollen aufgebracht werden durch die Beiträge der angeschlossenen Zentralverbände, die pro Mitglied und Jahr 20 Cent., die der landwirtschaftlichen 10 Cent. an die Kommission abzuführen haben.

Viele Vorschläge des Genossen Berzi werden den wichtigsten Verhandlungsgegenstand auf dem nächsten Kongreß der italienischen Gewerkschaften bilden.

Bemerkenswertes aus den Mitgliedschaften.

Berichtigung zur Gaunkonferenz Hamburg. Die Ausführungen, welche der Schriftführer mir in den Mund legt: „Wichers-Hamburg und Weber-Hannover empfehlen bei der Aufnahme von Mitgliedern usw. usw.“ habe ich nicht gemacht. Zu dem Punkte: „Wie betreibt man plammäßig Gaunkonferenz“, habe ich überhaupt nicht gesprochen. W. Weber-Hannover.

Berichtigung. Zu dem Bericht der Gaunkonferenz Essen, wo es heißt: „Dauer und Hand kritisierten die Volkswirtschafts-Gesellschaft, habe ich nicht gesagt, daß dieselbe einen Nichtorganisierten eingestellt habe, sondern Hand. Auch habe ich zur Weitzzeit bemerkt, daß die Verhältnisse der Bäckerei noch nicht gestillt, eine niedrigere Arbeitszeiteinführung, und ausdrücklich bemerkt, daß die Kollegen dort jetzt gut mitarbeiten an der Agitation.“ J. J. Bauer.

Eine Agitationstour, welche einem Freunde bereitet, machte ich nach Rosenheim, Traunstein, Berchtesgaden und Reichenhall. Die Versammlungen waren außerordentlich gut besucht und zeigte die Diskussion, daß meine Worte auf fruchtbaren Boden gefallen sind. Jeder soll deshalb bis zur nächsten Versammlung die Frage: was haben wir im kommenden Winter zu tun? nicht mehr aus dem Sinne lassen. Nur dann werden uns diebende Erfolge sicher sein, wenn dieselbe nutzbringend erörtert und demnach gehandelt wird. H. G. a. n. e. r.

Berlin. Um den Kollegen die jetzige Situation klar vor Augen zu führen, werden von der hiesigen Ortsverwaltung fortwährend Bezirksversammlungen einberufen. Eine dieser Versammlungen tagte am Donnerstag den 20. September im Bezirk Nord-West — die „Gochburg“ der „gelben“ Bäcker — Restaurant Berlebergerstraße 26. Zu dieser Versammlung wollten die „Gelben“ bis auf den letzten Mann erscheinen, um dem Verbanne ordentlich einzuhaushen. Sie waren denn auch etwa 30 Mann stark angetreten und hatten wir die „Ehre“, zum erstenmal Herrn Bundespräsidenten Wichnowski und Schymanski in einer unserer Bezirksversammlungen erscheinen zu sehen. So glaubten die Gelben nun, den Verband an die Wand quetschen zu können. Aber — mit des Geheimes Mächten ist kein ewiger Bund zu schließen — auch unsere Mitglieder des Bezirks Nord-West waren wachsam gewesen und 200 Mann stark erschienen und warteten der Dinge, die da kommen sollten. Aber die „gelbe“ Gesellschaft machte nicht einmal den Versuch, ins Bureau zu kommen, sondern unsere Kollegen wurden ohne Widerspruch gewählt. Ueber den ersten Punkt der Tagesordnung: „Die neuesten Verbände der Jammungen im Kampfe gegen den Verband und seine Bestrebungen zur Verbesserung der Lage der Bäckerarbeiter“ referierte Kollege Barth. Er verstand es denn auch, den „Meistertreuen“ das Törichte und Verwerfliche ihrer Zerplitterungsbestrebungen eindringlich vor Augen zu führen, und geistelte besonders die Art, wie diese bei den Meistern herumwühlten, um sich dort die Hand zu machen. Die „Gelben“ waren nicht wenig erstaunt, als der Referent die großen Betrügereien der Jammungen, die sie den Brüdern gegenüber verübt haben, als noch kein Verband bestand, rücksichtslos aufdeckte. Besonders die Jammungen in Berlin und Danzig hätten es verstanden, das Vermögen der Brüdernschaften an sich zu reißen. Speziell in letzter Stadt hat die Jammung alles versucht, leider mit Erfolg, die Brüdernschaft aufzulösen. Sollte doch diese Brüdernschaft ein ziemliches Vermögen, welches sie im Grundstücken angelegt hatte, das heute die respektable Summe von 65 000 M. Wert hat. Aber eines Tages war die Brüdernschaft aufgelöst, und das Vermögen verfiel der gierigen Jammung. Erst durch die Gründung und Machtentfaltung des Verbandes erlaubten sich die Jammungen solche Gemeinheiten nicht mehr. Der Referent ging dann auf die Gründung der „gelben“ Gesellschaften näher ein und wies nach, daß jener Verein nur eine

Schöpfung der Bäckermeister sei, gegründet zum Zwecke der Zerplitterung des Lohnbundes und des organisierten Streikbundes. Nämlich im Jahre 1904, als den Berliner Bäckermeistern vom Verbanne eine empfindliche Niederlage bereitet worden war, suchten sie in ihrer Angst nach Helfershelfern, um den Verband niederzuringen. In dieser Not kam Herr Wichnowski mit seinen kranken Ideen und bot sich den Bäckermeistern an, jene Judas, jene Verräterrolle zu spielen. Auch unsere wirkliche Stellung zu den Kleinbetrieben erörterte der Referent und betonte, daß uns ein kleiner Bäckermeister, wenn er uns acht Stunden arbeiten läßt und einen anständigen Lohn bezahlt, lieber ist, als ein Großunternehmer, er uns in 8 Stunden mehr auszuheilen kann. Aber wie liegt denn die Sache in Wirklichkeit? Daß der technische Hilfsmittel ist der Großunternehmer konkurrenz- und leistungsfähiger. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen sind günstiger wie beim Kleinmeister, infolgedessen wird der Großbetrieb von uns begünstigt. Aber auch die große Behrungsüchtere sei der Lobbinger des Kleinhandwerks. Diese Behauptung erhärtete der Referent durch unüberlegbare statistische Angaben von Breslau, Magdeburg und besonders von Würzburg. Auch die immer wiederkehrende Behauptung, wir gingen darauf hinaus, Unzufriedenheit in die Reihen der Bäckergehilfen zu bringen, wurde vom Referenten beleuchtet. Er sagte: Wir sind stolz darauf, Unzufriedenheit erweckt zu haben, war doch der Schach der Unzufriedenheit von jeder die Mutter des Fortschritts, der Hebel aller Kultur. Unsere Stellung zum Standesbewußtsein der Bäckergehilfen wurde ebenfalls vom Referenten genügend geklärt. Er betonte ausdrücklich, daß uns ein Recht, der es dank seiner Organisationszugehörigkeit so weit gebracht hat, eine Familie ernähren zu können, lieber ist, als ein hornierter und düstlicher Bäckergehilfe. Einer scharfen Kritik unterzog der Referent die Art und Weise der Mitgliedererwerbung. Herr Wichnowski versteht es nämlich sehr gut, sich bei den Bäckermeistern in den Bezirksvereinen einzuschleichen, um die Meister zu bitten, ihre Gehilfen dazu zu bewegen, in die „gelbe“ Vereinigung zu gehen. Wir dagegen werden unter die Bäckergehilfen gehen und diese Erbarmlichkeit brandmarken. Auch streifte der Referent den Kongreß der „Gelben“, der am 2. September hier in Berlin stattgefunden hat und kennzeichnete die „große“ Opferwilligkeit der Delegierten. Auf dem Kongreß hatte nämlich eine Tellerzählung stattgefunden, als Lochpfeife hatte man ein 5-, 3- und 2-Markstück, also im ganzen 10 Mark auf den Teller gelegt. Am Schluß der Tellerzählung waren sage und schreibe 10 20 M. darauf, also ganze 20 M. war das Resultat der Tellerzählung. Wahrscheinlich ein klägliches und erbärmliches Zeugnis konnte sich diese Gesellschaft nicht ausstellen. Welcher Art die Gesellschaft war, davon gab der Referent einige Stichproben zum besten. Danach scheint die rohe Faust die Hauptsache in der Agitation dieser Leute zu spielen. Folgenden Anspruch leistete sich der Exzenter Delegierte: „Wer bei uns rot ist, wird blau geschlagen“. Der Wormser „Gelbe“ erklärte sogar im Privatgespräch, er trage stets einen geladenen Revolver bei sich, und sollte ihn ein Verbandsgehilfe anspitzen, schneit er ihn nieder. So nimmt es uns denn auch gar kein Wunder, daß Herr Obermeister Bernard zu diesem Gefändel sagte: „Sie sind, meine Herren, auf dem richtigen Wege!“ Wichnowski glaubte auch auf dem Kongreß noch extra betonen zu müssen, daß die Vereinigung zu dem Zwecke gegründet worden sei, dem Verbanne bei Streiks usw. entgegen zu treten und überall Streikbrecher hinzuschicken. Diese Zustimmung an die Mitglieder der „gelben“ Vereine wurde vom Referenten gebührend gegeißelt. Er glaubte, die irreführenden Kollegen doch höher einschätzen zu dürfen, als Wichnowski dies tut. Mit einem Appell an die Kollegen, sich nur dem deutschen Bäckerverband anzuschließen, schloß der Referent seine Ausführungen. In der Diskussion machten die Hauptlinge der „gelben“ Vereinigung den hoffnungslosen Versuch, noch zu reiten, was zu reiten war, aberdings mit dem Resultat, daß sie die vorausgesetzte Niederlage nur um so eklatanter machten. Die Vorbeeren der Blamage holte sich natürlich der Bundespräsident Wichnowski, nämlich in dem Augenblick, wo er mit Entzete ausrief: „Unser Verein hat 175 Mitglieder!“ wurde von unserer Seite der Zuruf gemacht: „Auf dem Papier! Wichnowski antwortete ganz leß: „Rein, im Buch!“ (Schallendes Gelächter.) Aber Wichnowski schwandelte noch mehr, nämlich, 32 Orte seien auf dem Kongreß vertreten gewesen und nicht nur 19, wie der Referent angeführt hätte. Auf unseren Zuruf, diese Orte namentlich aufzuführen, war er nicht imstande, legte aber hinterher gleich das Geständnis ab, daß 36 Delegierte und davon allein 12 aus Berlin anwesend waren. Rechnet man die 12 Berliner Delegierten ab, bleiben noch 24; berücksichtigt man ferner, daß verschiedene Orte doppelt und Rathenow sogar dreifach vertreten war, so kommen schon nicht mehr heraus, wie 19. Auch vermißten sich die beiden Hauptlinge in großen Widerspruch. Herr Wichnowski sagte in bezug auf die Tellerzählung: „Wir mußten doch auch die Unkosten decken“, während Herr Schymanski von einer Tellerzählung nichts gesehen haben will. Wichnowski meinte auch noch, die Bäckermeister würden ganz von selbst die Lage der Gehilfen aufbessern, wenn die Gehilfen nur immer hüßlich friedlich und höflich ihre Wünsche vorbrächten und nicht an Streiks dächten. Schymanski war der Ansicht, daß es heutzutage jedem Gehilfen mit Beistandigkeit möglich wäre, sich in einiger Zeit seine 3000 M. zu sparen (große Heiterkeit) und dann selbständig zu werden. Bieweil er selbst schon in seinem Sparstrumpf stecken hat, vergaß er allerdings anzugeben. Unseren Rednern war es ein leichtes, jene Behauptungen völlig zu entkräften. Sie wiesen an der Hand von Tatsachen nach, daß die gegenwärtig bestehenden Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Berliner Bäckerhandwerk lediglich die Folge des letzten großen Widerstands sind, der vom Verbanne mit nachdrücklichster Unterstützung der gewerkschaftlich und politisch organisierten Arbeiterklasse Berlins geführt worden ist und daß der jetzige Tarifvertrag auch nur zu Stande kam, weil die Meister eine sehr beachtliche Furcht vor einem zweiten derartigen Streik resp. Boykott hatten. Inwiefern aber den Gehilfen die Möglichkeit gegeben sei, durch Spararbeit selbständig zu werden, das zeige ja am besten die Statistik, wonach die Mehrzahl der aus der übermäßigen Behrungsüchtere hervorgegangenen Bäckergehilfen später, einen anderen Beruf ergreifen müssen, weil sie im Gewerbe nicht soviel verdienen, um selbst unter den bescheidensten Ansprüchen eine Familie ernähren zu können. Die vom

Referenten vorgeschlagene Resolution, in der die Verammlung ihr Einverständnis mit den Verbandsrednern ausdrückte und den Baderverband als die einzig berechtigte Organisation der Badergesellen erklärte, wurde gegen eine Stimme angenommen. Mit einem brausenden Hoch auf die Organisation wurde die Versammlung geschlossen.

Chemnitz. Eine von 80 Personen besuchte Versammlung fand am 19. September hier statt. Als Referent war der Kollege Heischold-Verein anwesend, der über das Thema: „Der Deutsche Baderverband, seine Erfolge und seine Feinde“ referierte. In fast zweistündigen Ausführungen beleuchtete der Redner die früher bestandenen Organisationen und Kämpfe unserer Kollegen im Gegensatz zu unserem heutigen Verbande mit seinen erreichten Erfolgen bei unseren Kämpfen. Am Schluß seiner Ausführungen gestellte er in unbarmherziger Weise das Gebot der in neuerer Zeit auf dem Plane erschienenen „Hundsgesellen“, die sich zu ihren Protektoren unsere Innungsleiter erheben haben. Was man von solch einer Organisation zu erwarten habe, müsse jedem Kollegen klar sein, deshalb sei es notwendig, daß man sich der Organisation anschleße, die ohne Rücksicht darauf, ob es den Arbeitgebern angenehm sei, die Interessen unserer Kollegen vertrete, und das sei der Verband der Bader Deutschlands; diesem beizutreten, sei Pflicht jedes Kollegen, wenn er es ernstlich mit seinen Massengedanken meine. In der nun anschließenden Diskussion betonte Kollege Kahl: Es sei endlich an der Zeit, daß man sich antrasse hier am Ort, um eine Verbesserung seiner Lage zu erreichen. An den Kollegen selbst liege es, wenn die Zustände bisher so traurige gewesen seien. Man solle nun endlich mal ernstlich sich mit seinen Verhältnissen beschäftigen, und da sei es unter allen Umständen notwendig, dem Majorat des Referenten zu folgen und sich zu organisieren. Einer der anwesenden Bademeister, der freien Vereinigung angehörend, glaubte aus nun einzuweisen zu müssen, zuerst die Nacharbeit abzugeben, ehe man an andere Fragen denke, da würde man auch sofort sämtliche Bademeister auf seiner Seite haben. (Ob der Herr das wirklich glaubt?) Bezüglich der Vereinigung von Koll und Logis entwarf der Herr genau dieselben rühmlichen Ansichten, wie man sie heute von jedem hergelesenen Innungsheften hören kann. Auch bezüglich der Erringung der drei freien Nächte entwarf der Herr recht eigenartige Ansichten, die ihm allerdings vom Kollegen Kahl ziemlich derb heimgelacht wurden. Heischold betonte in seinem Schlusswort, daß man wohl in der Lage sei, bis zu einem gewissen Grade mit den Herren der freien Vereinigung sympathisieren zu können, aber an einer bestimmten Stelle angenommen, müssen auch wir unsere eigenen Wege gehen und werden uns auch nie davon abbringen lassen. Man hoffentlich hält der Geist, welcher die Versammlung beherrscht, an, und mag derselbe als gutes Omen für die kommende Zeit dienen. Eine Anzahl neuer Mitglieder wurde gewonnen. Am Kollegen von Chemnitz, zeigt, daß ihr Mannern jeid, die versprechen, ihre vorerwähnten und gewonnenen Rechte zurückzugeben, dann wachst auch auf jeden Fall der Sieg in kommender Zeit!

Darmstadt. Am 18. September fand im Lokale Hottings Hauserei eine Mitgliederversammlung statt. Auf der Tagesordnung stand: 1. Vorstandswahl, 2. Bericht des Vorstandes, 3. Bericht des Kassierers, 4. Bericht des Schriftführers. Der Vorstand gab den Bericht ab und betonte, daß unbedingt ein Vorstand gewählt werden müsse. Hieran erhielt Koll. Witz das Wort zur Berichterstattung des Kassierers. Er gab der Versammlung bekannt, daß unter Antrag abgelehnt wurde, was sehr bedauerlich. Zum Schluss wurden wir zur Schlussfrage angewiesen. In der Diskussion sprach Kollege Reichen. Derselbe meinte, daß wir nicht zufriedenstellend behandelt wurden; er ermahnte die Kollegen, demnach den Mut nicht haben zu lassen. Dann wurde zur Vorstandswahl geschritten, aus der folgende Kollegen hervorgingen: Franz Witz, Vorsitzender, Fritz Reichen, Kassierer, Karl Koll, Schriftführer, Paul Heider, Otto Strohle, Heinrich Kollege Dantes ermahnte die anwesenden Kollegen, sich zusammenzuschließen und kräftig zu agitieren, dann wird es auch hier vorwärts gehen.

Dortmund. Am 30. September las eine von über 120 Kollegen besuchte Baderversammlung. Nachdem Koll. Heider zunächst in kurzen Zügen die gegenwärtigen Verhältnisse der hiesigen Kollegen in den Kleinbetrieben einer kurzen Kritik unterzogen hatte, beschäftigte sich Koll. Heider als Referent in einem 1½ stündigen Bericht mit dem Thema: „Der Deutsche Baderverband, seine Erfolge und seine Feinde“. In diesem vorlesenden Bericht führte Heider etwas folgendes aus: Nach den Erträgen, die durch unsere Organisation in hiesiger Gegend zu verzeichnen sind, ist es begreiflich, daß sich unsere Kollegen jetzt auch bei den Kleinbetriebern endlich recht merklich für unsere Sache begeistern. Schließen sich doch auch hier die glänzenden landwärtigen Ströme in der hiesigen Gegend an. Es sollen in wenigen Tagen 40 Kollegen dem Verbande an. Es sollen es auch unsere Kollegen in Dortmund machen, wo doch ebenfalls die Organisation zu Gange gewesen hat, daß sie insande sei, selbst aus hiesigen und hiesigen Kampf als Sieger hervorgehen. Man solle aber bedenken, daß das nur eine Sache ist, daß aber alle Kollegen bis auf den letzten Mann tätig sein, um die Sache zu erledigen, die nötig ist, um die gegenwärtigen Zustände in den ganzen Industriebezirk herüber zu führen. Heider zeigt uns in vorlesender Weise die Notwendigkeit einer einheitlichen, wirklich leistungsfähigen Organisation und geht mit den bekannten Organisationsgrundsätzen über das Geschäft. Durch Erörterung in den Verbänden sollen die Kollegen verstehen, daß es ihnen wirklich ernst ist mit ihren Beziehungen, denn nicht getrennt, sondern eine wie ein Mann wollen wir gegen unsere gemeinsamen Feinde kämpfen. In der letzten folgenden Diskussion sprach noch die Kollegen Heider, Koll und Heider die Versammlung für unsere gemeinsame Sache zu gewinnen. Das den anwesenden von hiesigen Kollegen getrennt sich keiner etwas zu sagen, besonders in der Erkenntnis, daß ihre guten Beziehungen unter der hiesigen Kollegen sehr wohl zu sehen sind, daß sie mit ihrem Wissen aus den Kleinbetriebern doch und doch etwas werden. Diese Erkenntnis ist in der hiesigen Organisation zu sehen, und wir sind in der Lage, die hiesigen Kollegen zu gewinnen, dann wird es auch hier vorwärts gehen.

Dresden. Am 20. September fand im „Vollshaus“ eine öffentliche trotz ungünstigen Wetters gut besuchte Versammlung statt. Ueber das Thema: „Organisationsentwicklung und Freiheitskämpfe unserer Kollegen in Berlin und deren Lehren für die Dresdener Kollegen“ referierte Kollege Heischold-Verein. In 2½ stündigen Ausführungen entwarf er die Geschichte der Berliner Baderbewegung von vor dem Jahre 1848 bis dato. Mehrere Bewegungen in der Zeit der Dezentralisation bis 1889 seien nur künstlicher Natur und nicht mit vollem Erfolge gekrönt gewesen. Erst seit Ueberwindung der Zersplitterung sind die Bewegungen auf richtige Bahnen gelangt. Ausdrücklich behandelte er den Kampf von 1904. Durch Günstigkeit unserer Kollegen und die Solidarität der Bevölkerung durch den Boykott sind in wenigen Tagen alle Voransetzungen der Innungsgehaltigen zurückgeworfen. Mit scharfen Worten und bester Satire geißelte er die sogenannten meisteitrenen Streiker — den Bund der Gelben — ins Leben gerufen und erhalten von den Innungen zu dem angeführten Zweck, bei ausbrechenden Kämpfen als Streikbrecher-Hilfsarmee zu dienen. Auch erläuterte er den Anwesenden das Urteil des Reichsgerichts, welches den Boykott als berechtigte Waffe im wirtschaftlichen Kampfe abgeurteilt hat. Zum zweiten Punkt: „Unserer Vorbereitungen zur kommenden Lohnbewegung“ referierte Kollege Weinert. Als jedenfalls auch dem „Bund der Gelben“ eingeschlossen nimmt er die Dresdener meisteitrenen Vereine unter die Lupe der Kritik. Ein drohendes Beispiel, daß alle Meisteitrenen und Unterwürfigen bei jedem Unternehmer und auch bei den Bademeistern nur bis an den Geldsack, aber ja nicht hinein reicht, führt er den Anwesenden vor Augen in der Person eines langjährigen Vorsitzenden des qui meisteitrenen Vereins „Gutha“. Trotzdem daß dieser Kollege gewiß noch Möglichkeit die Schleppe der Innung getragen hat, wurde auch er wohl oder übel aus dem Bereiche gedrängt, jedenfalls infolge des traurigen Koll- und Logis-Systems und soll jetzt in einer Schuldenfabrik beschäftigt und im Konditorien- und Schokoladenarbeiterverband ganz stramm organisiert sein. Referat gibt der Hoffnung Ausdruck, daß trotz der Agitationen der Gegner des Fortschritts unsere kommende Bewegung eine imposante werden muß, schon aus dem Grunde, weil wir jetzt in der Lage sind, durch die bewilligten Betriebe genügend hochpreisige Waren auf den Markt bringen zu können. Als Umstand, daß eine Reform unseres Berufs keine leichte ist, führt er an, daß in Sachsen bei rund 8500 Badereien nur rund 6000 Gesellen und über 5000 Lehrlinge beschäftigt werden. Beiden Referenten wurde Beifall zuteil und nachdem auch Kollege Heischeier zum Eintritt in die Organisation aufgefordert hatte, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen und am Schluß ein dreifaches Hoch auf den deutschen Baderverband ausgebracht. Die am 20. September im „Vollshaus“ tagende öffentliche Baderversammlung erlöst sich mit den Ausführungen der Referenten einverstanden. Sie beschloß einstimmig die Meisteiterei einzeln von den verpönten Innungen angegriffener Kollegen und wird auf keinen Fall solchen Verrätern Folgschaft leisten. Die Versammelten versprechen ferner, alles daran zu setzen, Aufklärung unter die Massen zu tragen, um für die gesamte Dresdener Gefühlschaft baldigst bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu schaffen. Eine Anzahl Kollegen ließen sich aufnehmen.

Frankfurt a. M. Eine von 300 Kollegen besuchte Versammlung nahm einen lehrreichen Vortrag des Herrn Dr. med. Bornemann über die Bedeutung der Geschlechtskrankheiten und die Gefahren der Prostitution entgegen. Die Aufmerksamkeit der Kollegen bewies, daß der Drang nach Wissen auch bei unseren Kollegen immer größer wird, was ebenfalls ein Erfolg der Organisation ist. Nach dem Vortrage wurden schwere Reden gegen den Innungsarbeitsnachweis erhoben, trotz der sehr belächelten Unberechenbarkeit bleibt er unverbesserlich, bis der rote Anstrich ihm ein Ende bereitet, zum Wohle aller Frankfurter Kollegen. Deshalb steht die Organisation. Am 18. Oktober 17 Uhr mittags, registriert Herr Bornemann, Mitglied des Schönbühnenvereins. Hieran schließt sich ein Familienfest mit musikalischer Unterhaltung und Gesangsbeiträgen.)

Konstanz. Am 19. September fand hier eine öffentliche Versammlung statt, in welcher Kollege Hermann-Hausberg einen Vortrag über: „Die Lohnkämpfe zur Verteidigung des Koll- und Logismeisters“ hielt. Es ist zu bedauern, daß nicht ein Interessierter anwesend war, sondern nur Verbandsschlichter. Der Geschlossenheit hatte an diesem Tage ein Satz freier. Woher diese Gegenagitation kam, ist uns bereits bekannt, nämlich von dem hiesigen Hof (hiesiger Verbandsschlichter). Dieser Herr hatte, weil ihm von unsern Kollegen Hohn sein Verhalten gegenüber anderen Kollegen gerügt wurde, sein Mitgliedschaft gerufen und in den Geschlossenheit eingetreten ist, so er auch schon ein kleines Amt bekleidet, er trägt nun das Ehrenkreuz. Wir werden in unserer nächsten Mitgliederversammlung darauf achten, daß nicht später eine andere Mitgliedschaft des zweifelhaften Hof hat, diesen Ausfall als möglich zu bekommen. Den Badergesellen den Lohnkampf aber rufen wir zu: Wir haben die Pflicht, uns unsere Arbeitskraft anständig bezahlen zu lassen. Wir wollen nicht arbeiten und empfinden, sondern durch unsere Organisation das erreichen, was uns bisher verweigert worden ist. Deshalb, Kollegen von Konstanz, schließt Euch den Verbänden an, dann kommen auch für uns andere Zeiten.

Leipzig a. M. In einer am Sonntag den 16. September abgehaltenen Versammlung der in den Köhler Brotfabriken arbeitenden Badergesellen redete Kollege Götze aus Übermuth über: „Die erfolgreiche Lohnbewegung in den Köhler-Brotfabriken“. Dort habe man durch einen kaum 24stündigen Streik einen außerst günstigen Lohnkampf mit den Brotfabrikanten abgeschlossen. An einer Statistik bewies der Redner, daß es den Brotfabrikanten leicht möglich ist, höhere Löhne und längere Arbeitszeit zu gewähren. Unter den alten Lohn- und Arbeitsverhältnissen war die tägliche Leistung eines Bäckers in diesen Betrieben 136 A und heute, nachdem auch die Arbeitszeit um 1 Stunde vergrößert ist, betrage die durchschnittliche tägliche Leistung 143 A. Der Redner forderte schließlich die Köhler-Brotfabrikanten auf, ihre Organisation dermaßen zu fördern, daß endlich auch hier ein allgemeiner Lohnkampf und eine Verkürzung der Arbeitszeit durchgeführt werden kann. In der Diskussion wurden die Verhältnisse in den Köhler-Brotfabriken einer Kritik unterzogen. Bei Bornemann haben einzelne Streikbrecher bereits ihren verbotenen Zutritt bekommen, die Ueberhandnahme der Köhler-Brotfabriken im vollen Gange. Solche Mitglieder, die nicht in der Brotfabrik „Koll“, die aller-

dings durch die Organisation mit Hilfe der Gefühlschaft, polizei zum Teil beseitigt sind. Die Verletzung eines Ueberhandnehmens einiger Bäder bei Vergerhoff, wonach ein Bader in der vorletzten Woche 92 und ein andere sogar 112 Stunden arbeitete, beweist, daß in Bezug auf Arbeitszeit bei Vergerhoff die unbegrenzte Willkür herrscht. Die dort beschäftigten Kollegen werden zur Ueberarbeit förmlich gezwungen, erstens durch die niedrigen Schichtlöhne und dann auch dadurch, daß der Firmeneinhaber anstelle entlassener Leute keine neuen Kräfte einstellt. Im übrigen ist dieser Betrieb sowohl der Gewerbeinspektion als auch dem Staatsanwalt längst angezeigt, aber es scheint, daß die Anzeigen wenig nützen. In der „Vindendorfer Dampfmühle“ soll das hiesige Baderverbändchen einen Tarif abgeschlossen haben, der als Mindestschichtlohn 4.20 Mark vorsieht. Infolge dieses niedrigen Satzes zieht es ein Teil der dort beschäftigten Bäder vor, unter den alten Bedingungen zu arbeiten, da sie sich dabei besser stehen. In den tarifstreuen rheinischen Brotfabriken, wo sämtliche Bader organisiert sind, versucht einer, die Kollegen auseinanderzubringen, hatte aber in seinen Bemühungen noch keinen Erfolg. Die Firma würde in ihrem eigenen Interesse gut tun, dem Manne sein Handwerk zu legen, da die Bader nicht gewillt sind, den Tarif, der ihnen den einstündigen Arbeitstag sichert, von einem einzigen Quertreiber und Liebediener zu nichte machen zu lassen. Mit dem gegenseitigen Gelschick, demnach eine lebhaft Agitation unter den hiesigen Brotfabrikbäckern zu betreiben, ging die anregend verlaufene Versammlung auseinander.

Kreuznach. Am 13. September war hier im Lokale von D. Wagner, Meißergasse, eine öffentliche Versammlung einberufen. Die Tagesordnung lautete: „Was wollen die organisierten Badergesellen?“ Referent Koll. Dengel-Wiesbaden. Erschienen waren 22 Kollegen. Es war jedoch von vornherein zu sehen, daß die Mehrzahl derselben gekommen waren, um eine Radauer Versammlung zu inszenieren. Schon bei Eröffnung der Versammlung wurde man die Sache dadurch illusorisch zu machen, daß darauf hingewiesen wurde, man müsse erst die Ankunft der Polizei abwarten, welche trotz vorbereiteter Anmeldung nicht erschienen war. Als jedoch der Referent bemerkte, daß die Anwesenheit der Polizei nicht absolut nötig sei, konnte die Versammlung eröffnet werden. Jedoch war der Referent durch die häufigen Zwischenrufe und tumultartigen Szenen gezwungen, mehrmals abzubrechen, da von den Radauer während des Schluß des Referats verlangt wurde. Zu Ehren der Kreuznacher Badergesellen sei jedoch bemerkt, daß der Hauptradauer kein Badergeselle, sondern der im Dienste der Innung stehende Sprechmeister war. Nachdem der Referent seine Ausführungen beendet hatte, beschränkte sich der Innungsstörenfried darauf, die Erklärung abzugeben, daß die Kreuznacher Badergesellen zufrieden seien und keinen Verband brauchten und wenn sie von den Meistern die Beseitigung des Koll- und Logiszwanges forderten, dann würde ihnen das bewilligt. — Wenn es auch diesmal diesem Innungsdiener noch gelungen ist, den Zweck der Versammlung zu hintertreiben, so können wir ihm die Versicherung geben, daß wir wiederkommen und werden bis dahin die Kreuznacher Badergesellen öffentlich eingesehen haben, daß ihr Sprechmeister nicht in ihrem Interesse, sondern in seinem eigenen sowie im Interesse der Meister gehandelt hat.

Mainz-Wiesbaden. Bei der vor kurzem in Wiesbaden stattgefundenen Gesellenauswahl wurden die von uns aufgestellten Kollegen Sauter, Groß, Rindvogel gewählt. Dabei konnte man aber wieder einmal die Wahrnehmung machen, daß diejenigen, die sich stets rühmen, neutral zu sein, sich bemühen, Leute von ihrem Raster in den Ausschluß zu bringen; sie haben jedoch eine glänzende Niederlage errungen, denn die Wiesbadener Badergesellen wissen, wenn sie die Verbesserung ihrer Lage zu veranlassen haben. Auch in Mainz wurden die von uns aufgestellten Kollegen Ruck, Angerer, Höppl, Walter, Schnell und Schach gewählt. Auch hier hat der Gefühlsverein seinen meisteitrenen Standpunkt, ähnlich wie bei der Lohnbewegung, ganz besonders hervorgekehrt. Denn mit 33 bzw. 32 haben wir über 28 bzw. 27 Stimmen gesiegt. Wie lange wird es noch dauern, bis auch diese Leute einsehen, daß es unnütz ist, gegen den Strom der Zeit zu schwimmen?

Weiskensfeld. Am 13. September fand im Restaurant „Stadt Rammberg“ eine öffentliche Baderversammlung statt, welche trotz eifriger Agitation von nur zwei unorganisierten Kollegen besucht war. Die Tagesordnung war: 1. Der deutsche Baderverband, seine Erfolge und seine Feinde; 2. Diskussion. Kollege Heischold-Verein hatte das Referat übernommen. Er schilderte uns in seinen Ausführungen, wie schon in früheren Zeiten sich die Badergesellen zusammenschlossen, um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erkämpfen. Er erinnert uns ganz besonders an den Lohnkampf der Badergesellen in Kolmar im Jahre 1900, welchen die Gesellen 1½ Jahr führten und mit einem Erfolge der Gesellen endigte. Des weiteren geht er auf die Streiks und Lohnbewegungen in den letzten Jahren ein, welche zum größten Teile vom Erfolge gekrönt waren. An der Diskussion beteiligten sich die Koll. Witzsch und Haberborn, welche sprachen im Sinne des Referenten. Nach einem kräftigen Schlusswort des Referenten wurde die Versammlung geschlossen und die zwei Kollegen dem Verbande als neue Streiter gewonnen.

An die organisierte Arbeiterchaft Berlins und Umgegend. In den Milchbetrieben von Bolle, Schweizerhof und Mühlentzelle hat die Organisation in der letzten Zeit bedeutende Fortschritte gemacht. So hat die Sektionsleitung es für notwendig befunden für die Rührer- und Milchküher dieser Betriebe, eine Legitimationskarte herauszugeben, damit sich die Kollegen jederzeit als Organisationsangehörige ausweisen können.

Die Karte ist von brauner Farbe und nur dann gültig, wenn dieselbe ordnungsgemäß jeden Monat abgestempelt ist. Wir appellieren hiermit an das Solidariatsgefühl der gesamten Berliner Arbeiterchaft und namentlich das der Frauen, die junge vorwärtsstrebende Organisation zu unterstützen. Wir ersuchen das konsumierende Publikum, sich von dem Besitz der Legitimationskarte zu überzeugen und nur dann mit den Rührern und Milchküher obiger Betriebe in geschäftliche Verbindung zu treten, wenn dieselben in der Lage sind, sich als kassenbewusste Arbeiter ausweisen zu können.

Hoch die Solidarität.
Die Sektionsleiter der Geschäftsführer des Zentral-Verbandes der Handels- u. Transportarbeiter Deutschlands.
Ortsverwaltung Berlin 1.
J. A. Gustav Eich.